Verfassungsschutz beobachtet neues Phänomen — Bericht im Hauptausschuß

Junge Leute entwickeln ohne historischen Bezug geradezu eigenständig rechtsextremes Gedankengut

Ein neuer Rechtsextremismus bei Jugendlichen sowie die Position der PDS in Nordrhein-Westfalen waren die Themen, mit denen sich der Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) schwerpunktmäßig bei der Erörterung des Zwischenberichtes 1998 des Verfassungsschutzberichtes am Donnerstag, 21. Januar, beschäftigte. Die Diskussion zeitigte keine Entwarnung gegenüber den Aktivitäten von Rechtsextremisten.

Meinungsaustausch zwischen dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD, r.), und seinem Stellvertreter Lothar Hegemann (CDU, l.).

Daß es keine Entwarnung durch den Verfassungsschutz gebe, „das ist ja unsere allgemeine Gefühlslage", stellte SPD-Sprecher Reinhard Grätz fest. Dann machte er auf ein Phänomen aufmerksam, das Politik und Behörden zunehmend beunruhigt. Es sei offenkundig, daß es immer weniger die Gruppen seien, die man sattsam kenne, die gewissermaßen aus historischer Erinnerung oder mit historischem Bezug rechtsextrem seien, sondern es seien immer mehr diejenigen jungen Menschen ohne diese historischen Bezüge, die geradezu eigenständig rechtsextremes Gedankengut entwickelten. Das sei natürlich eine gravierende Entwicklung. „Ich hätte da keine Patentrezepte, um dem entgegenzutreten. Aber das ist ein Appell an Schulen, an alle Institutionen, die hier etwas tun können. Denn wir alle spüren ja, daß, wenn man mit bestimmten jungen Leuten spricht, die eben auch nicht wie in den vergangenen Jahren einer bestimmten Szene zuzuordnen sind, daß etwa in der Ausländerfrage dort offenbar ohne die Anleitung von Altvorderen ganz eigenständig Meinungen zu Tage treten, die in hohem Maß bedenklich sind und die möglicherweise zu rechtsextremen Positionen führen können", erklärte Grätz.

Der Leiter der Verfassungsschutzabteilung im Ministerium für Inneres und Justiz, Dr. Fritz-Achim Baumann, sagte dazu: „Daß insbesondere rechtsextremistische Jugendliche nicht mehr sich darauf beschränken, nationalsozialistisches Gedankengut zu übernehmen, das haben wir sicher auch festgestellt." Das werde auch deutlich in der Broschüre „Skinheads und Rechtsextremismus". Darin stünden ja manchmal schreckliche Äußerungen, und man habe lange überlegt, ob man die überhaupt in Broschürenform veröffentlichen solle. Man habe sich aber schließlich entschlossen, das doch zu tun. Denn wenn die Broschüre von Multiplikatoren, insbesondere auch in Schulen verwandt werde, dann sollte die volle Wahrheit schon genannt werden. „Wir sind zwar nicht der Meinung, daß ein Großteil der deutschen Jugend rechtsextrem sei und im Sinne der Texte dort argumentieren würde, aber wir meinen, die Beschäftigung mit diesen Problemen müßte auf einer Sachverhaltsbasis geschehen, die vollständig ist", schloß der Chef des Verfassungsschutzes.

Seine Analyse der Lage schloß neben dem rechten auch das linke Spektrum ein. So hat nach seinen Angaben die PDS zwar keinen Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen, aber doch an Gewicht gewonnen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion und des Hauptausschusses, Lothar Hegemann (CDU), machte darauf aufmerksam, daß auf der NRW-Liste der PDS zur Bundestagswahl Leute kandidiert hätten, die gar nicht in Nordrhein-Westfalen wohnten, die aber seiner Kenntnis nach in den Bundestag gekommen seien. Er wollte denn auch wissen, ob der Erfolg, den die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten gehabt hätten, ein Kristallisationspunkt für die Arbeit der PDS sei. Der SPD-Abgeordnete und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger ergänzte, es seien zwei Abgeordnete aus Köln.

Kurze Aussprache vor der Sitzung zwischen dem Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Grätz (l.), und der Sprecherin der CDU-Fraktion, Ruth Hieronymi (r.). *Fotos: Schälte*

Dunkelziffer

Fritz-Achim Baumann räumte ein, die NRW-Liste der PDS habe einen gewissen Erfolg gehabt. Die PDS sei ja in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen. Es seien wohl insgesamt sogar drei Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen, neben den zwei, die über die NRW-Liste gewählt worden seien noch ein weiterer, der über die baden-württembergische Liste gekommen sei und ebenfalls aus Köln stamme. „Daraus würde ich allerdings nicht schließen, daß die PDS nun einen Schwerpunkt in NRW hätte", meinte der oberste Verfassungsschützer. Das sei sicher nicht der Fall. Aber immerhin habe es in NRW bei der letzten Bundestagswahl ungefähr 131 000 Zweitstimmen für die PDS gegeben, gegenüber ungefähr 100 000 bei der vorhergehenden Bundestagswahl. Wenn man so wolle, sei das eine Steigerung um 30 Prozent.

Auch der Ausländerextremismus interessierte die Abgeordneten. Wie hoch schätze der Verfassungsschutz die Dunkelziffer ein

wollte Lothar Hegemann wissen, und er merkte an, ob es nicht wahrscheinlich so sei, daß Auseinandersetzungen unter Ausländern gar nicht vom Verfassungsschutz erfaßt würden, weil die nicht zur Polizei gingen. Der Leiter des Verfassungsschutzes stimmte dem CDU-Politiker zu, daß die Dunkelziffer bei den Straftaten von Ausländern sicher sehr hoch sei. Es werde wohl so sein, daß oft die Polizei nicht gerufen würde. Man gebe das übrigens auch häufig zur Erklärung der relativ niedrigen Kriminalitätsrate in Bayern an: Daß die Wirtshausschlägereien in Bayern auch nicht von der Polizei geschlichtet werden müßten, weil die das untereinander ausmachten.

Der Aussprache war ein Statement Baumanns vorausgegangen. So schilderte er unter anderem, daß die Machtverhältnisse bei den Republikanern in NRW inzwischen geklärt seien, nachdem der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Wnendt Ende 1998 aus der Partei ausgetreten sei. Wnendt sei Hauptgegner der Landesvorsitzenden Uschi Winkelsett gewesen. Er betreibe weiter ein Info-Telefon, in dem er allerdings zur Zeit weniger Ausländerhetze als Angriffe auf die REP betreibe. In einem Ansagetext fordere er sogar die Beobachtung der REP durch den Verfassungsschutz wegen innerparteilicher antidemokratischer Tendenzen.

Die Bonner Demonstration am 24. Oktober 1998 gegen die Wehrmachtsausstellung sei zwar von der NPD Bonn angemeldet worden, sei aber weitgehend von Neonazis dominiert gewesen, im Gegensatz zu der NPD-Demo in Münster am 12. September des Vorjahres. Dieses werde man bei künftigen Anmeldungen verstärkt prüfen müssen.

In der NRW-Neonaziszene habe sich im Raum Köln eine neue Gruppierung gebildet. Die Gründungsversammlung im November sei von der Polizei unter dem Verdacht aufgelöst worden, die verbotene FAP weiterzuführen. Dieser Verdacht habe sich bisher nicht erhärtet. Eine besonders auffällige Rolle in der Kameradschaft Köln spiele ein 15jähriger Schüler.

Im Dezember 1998 habe die Polizei in Köln den Computer eines 17jährigen Schülers beschlagnahmt, der eine rassistische Internet-Seite unter der Bezeichnung „Der arische Widerstand" über einen amerikanischen Server verbreitet habe. Auf den Seiten hätten sich auch Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen gefunden, von denen in der Wohnung des Schülers einige gefunden worden seien. Der Verfassungsschützer berichtete, in zwei Fällen habe es Kritik von kommunalen Gebietskörperschaften gegen, die als regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Szene mit erwähnt worden seien. „Wir sind gerne bereit, auf Wunsch vor den kommunalen Gremien über die örtliche Situation zu berichten", bot Baumann an.

Nach seinen Angaben haben sich zwischenzeitlich örtliche und bundesweite Bündnisse zur Vorbereitung von Aktionen gegen den im Juni 1999 stattfindenden EU- und Weltwirtschaftsgipfel gebildet. Im Rahmen der Protestbewegung agierten neben friedlichen Gruppen autonome und gewaltbereite Strömungen. Inzwischen sei ein Vorbereitungsbüro mit hauptamtlichen Arbeitskräften eingerichtet. Aktuell seien die Anti-Atomaktivitäten von Autonomen zum Erliegen gekommen. Bei Castor-Transporten im Rahmen eines Ausstiegs aus der Kernenergie sei allerdings mit heftigen Aktivitäten zu rechnen.

Der Chef des Verfassungsschutzes machte ferner auf eine von seiner Abteilung herausgegebene Broschüre aufmerksam, die neben einer kurzen Einführung in den Islam einen Überblick über die politisch-extremistischen Zielsetzungen der in Deutschland vertretenen Organisationen gebe und über die in NRW agierenden Gruppen aufkläre. Unter den islamistischen Organisationen sei nach wie vor die islamische Gemeinschaft Milli Görüs, die bei weitem über die größte Anhängerschaft verfüge. Allein in NRW habe sie 7 500 Mitglieder. Ihr Einfluß auf die türkische bzw. auf die türkisch-stämmige Bevölkerung in NRW habe nicht nachgelassen. Nach wie vor bemühe sich Milli Görüs darum, ihren angeblichen Willen zur Integration zu dokumentieren. Ihre Äußerungen widersprächen aber internen Verhaltensanweisungen an die Mitglieder.

Christiane Bainski (l.), neue Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, nahm erstmalig an einer Hauptausschußsitzung teil. Vorsitzender Professor Dammeyer gratulierte ihr herzlich zu ihrer neuen Funktion. Der Landtag habe es nötig, gute und qualifizierte Sprecher zu haben, stellte der Vorsitzende fest. Rechts neben Frau Bainski die GRÜNE-Abgeordnete Sylvia Löhrmann. *Foto: Schälte*

Auf friedlichem Weg

Zuletzt wies Baumann darauf hin, eine der radikalsten extremistischen türkisch-kurdischen Organisationen, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), habe unter der Führung ihres Generalsekretärs Abdullah Öcalan bis jetzt an ihrer seit Frühjahr 1996 verfolgten Linie des Gewaltverzichts festgehalten. Auch nach der Ausreise Öcalans aus Italien schienen nach wie vor die höheren Europafunktionäre mehrheitlich der Auffassung zu sein, daß eine Lösung des Kurdistan-Konflikts, aber auch eine Konfliktbereinigung hierzulande, nur auf politischem, friedlichen Wege zu erreichen sei. Deswegen sei es wichtig, diese Gruppierung, die grundsätzlich für ein friedliches Verhalten plädiere, zu stärken. Solange es noch keine eindeutigen Anweisungen Öcalans gebe, werde es zu keinen Gewaltaktionen kommen. Für den Fall eines Auflebens des „bewaffneten Kampfes" in Europa sei eine Spaltung der PKK durchaus möglich. Dies würde nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die Sicherheitslage wesentlich verschlechtern, meinte Fritz-Achim Baumann abschließend.

Alle drei Fraktionen dankten ihm für den Bericht. Der CDU-Abgeordnete und Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose sprach von einer brauchbaren Grundlage für die politische Arbeit. Auch der Sprecher der GRÜNEN, Roland Appel, äußerte seinen Dank. Der Bericht habe ein hohes Maß an Fleiß verlangt. Ihn wunderte dennoch die Systematik, und er äußerte sich kritisch zu Begriffsbestimmungen wie „Kampagne". All das, was auch zum demokratischen Spektrum gehöre, würde in eine bestimmte Ecke geschoben. Durch „Einsortieren" nehme man einen Prozeß in Kauf, bei dem, ähnlich wie in den 70er Jahren, junge Leute durch den Verfassungsschutzbericht stigmatisiert würden. Appel sprach von einer „Erosion in der Begrifflichkeit".

Der Staatssekretär im Innen- und Justizministerium, Wolfgang Riotte, antwortete darauf, Appels Eindruck, daß der Verfassungsschutzbericht die Tendenz hätte, aus dem Kernbereich in Randbereiche auszuweichen, sei gewichtig genug, dem nachzugehen. Bei jungen Menschen müsse man sicherlich vorsichtig sein, sie nicht zu stigmatisieren, sie nicht in eine Ecke zu drängen, wo sie sich einigelten. Riotte setzte allerdings dagegen: „Auf der anderen Seite haben wir gerade jungen Menschen gegenüber eine gewisse Verpflichtung, ihnen zu sagen, wo die Grenzen sind, ihnen zu sagen, mit wem sie sich einlassen, denn wir meinen zu wissen, wer das ist."

Bei seiner 46. Sitzung erledigte der Hauptausschuß einen weiteren Tagesordnungspunkt. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Opposition lehnte er einen CDU-Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und der Landeshaushaltsordnung zur Begrenzung der Neuverschuldung ab (Drs.12/891). Der Gesetzentwurf hatte zuvor mehrheitlich die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses gefunden. CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi wies darauf hin, daß die Verschuldung des Landes mittlerweile bei 128 Milliarden Mark liege. Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung seien daher dringend geboten. SPD-Sprecher Reinhard Grätz machte deutlich, alle seien aufgefordert, die Verschuldung in Grenzen zu halten. Man wolle auch nicht Initiativen behindern, aber es sollte zu einer bundeseinheitlichen Regelung kommen. Auch Christiane Bainski, neue Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, unterstrich, man strebe eine bundeseinheitliche Lösung an.